Bürger*innen-Initiative sammelt 100.000 Unterschriften für gesunde und bezahlbare Ernährung

Beteiligte NGOs nehmen Staaten mit Forderungspapier in die Pflicht

Köln/Münster, 26.11.2026 - Die europäische Bürger*innen-Initiative für das Recht auf Nahrung hat die Schwelle von 100.000 Unterschriften erreicht. Es ist das erste Mal in der Geschichte der EU, dass sich so viele Menschen für eine Gesetzesinitiative für nachhaltiges und bezahlbares Essen für alle einsetzen. Die an der Initiative beteiligte Menschenrechtsorganisationen FIAN Deutschland und die Romero Initiative (CIR) veröffentlichten anlässlich dieses Erfolgs nun ein Papier mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Politik.

„Unsere Forderung Nr. 1 lautet, dass EU-Staaten ihre sozialen Sicherungssysteme so anpassen müssen, dass alle Menschen genug Geld für eine gesunde Ernährung haben“, so Jan Dreier, Referent bei FIAN. „Es ist ein Skandal, dass 55 Millionen unserer europäischen Mitbürger*innen unter Ernährungsarmut leiden. Allein in Deutschland können sich 3,5 Millionen keine vollwertige, gesunde Ernährung leisten oder verbringen sogar ganze Tage ohne Essen“, so Dreier weiter. Ernährungsgerechtigkeit endet jedoch nicht an den Grenzen Europas: Viele Lebensmittel und Agrarrohstoffe für den europäischen Markt stammen aus Ländern des Globalen Südens. Wer das Recht auf Nahrung verwirklichen will, muss deshalb auch die Bedingungen entlang globaler Lieferketten in den Blick nehmen. „Das europäische Lieferkettengesetz regelt zwar die Einhaltung von Menschenrechten entlang der gesamten Lieferkette. Das ist aber nur wenig wert, wenn uns die Informationen über die Lieferketten der Unternehmen fehlen. Wir fordern daher die EU auf, mehr Transparenz durch ein entsprechendes Gesetz zu schaffen“, appelliert Dominik Groß, Referent bei der Romero Initiative.

Das Papier nimmt außerdem die Beteiligung der Menschen in Europa an der Ernährungspolitik in den Blick. „Die Mitgliedsstaaten der EU sollten nationale Ernährungsräte einrichten, durch die die Bevölkerung bei der Ernährungspolitik mitbestimmen kann. Menschen mit geringem Einkommen und Diskriminierungserfahrungen sollten hierbei besonders berücksichtigt werden“, fordert Dreier.

Geklärt werden muss für eine wirksame Umsetzung des Rechts zudem die Frage der Finanzierung. Dazu hat sich bereits das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (UN-OHCHR) klar positioniert und die EU aufgefordert, die Umsetzung der Menschenrechte für den EU-Haushalt ab 2028 prioritär zu berücksichtigen. Nahezu alle europäischen Staaten haben sich zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung verpflichtet. „Diese Verpflichtung muss sich auch konkret im EU-Haushalt widerspiegeln“, betont Groß.

Kontakt:
Jan Dreier, FIAN Deutschland, j.dreier@fian.de, 0176 61937147
Dominic Groß, Romero Initiative (CIR), gross@ci-romero.de, 0251 – 674413-43

Hintergrund:
Die Europäische Bürger*innen-Initiative für das Recht auf Nahrung wird getragen von 370 europäischen Organisationen. Ihr Ziel ist es, dass die EU Gesetze einführt, durch die die

Umsetzung des Rechts auf Nahrung gewährleistet wird. FIAN Deutschland und CIR koordinieren die Kampagne in Deutschland.